

Vorlage-Nr.: **0106-2016/DaDi**
Aktenzeichen: 099-002
Fachbereich: Fraktion der Alternative für Deutschland
Mohrmann, Hans
Karnbach, Frank
Beteiligungen:
Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Zusammenarbeit mit dem e.V. "Bunt ohne Braun - Bündnis gegen Rechts" - Antrag AfD**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beendet die Zusammenarbeit mit dem e.V. "Bunt ohne Braun - Bündnis gegen Rechts."

Begründung:

Das Bündnis beruft sich die Beschlußvorlage des Landkreises vom 23.8.2012 und den entsprechenden Beschluß des Kreistages. Es ist zunächst dabei festzuhalten, daß der Intention des Beschlusses, ein möglichst breites Bündnis gegen Rechtsextremismus zu schaffen, nie umgesetzt wurde. Bunt ohne Braun versteht sich als die Organisation, die berufen ist, den Beschluß des Kreistages umzusetzen. Bisher wird die Organisation in vielfältiger Weise durch den Landkreis unterstützt.

Faktisch betätigt sich der Verein jedoch unter anderem im "Kampf" gegen die inzwischen im Kreistag mit neun Kreistagsabgeordneten vertretene AfD. Dabei überschreitet der Verein sowohl die Grenzen des Rechts, wie auch die des demokratischen Anstands. So mußte der Verein nach einer anwaltlichen Intervention der AfD Behauptungen über die angeblich rechtsradikale Unterwanderung der AfD durch NPD-Mitglieder zurücknehmen.

Der Verein gehört zu den Organisatoren einer Demonstration in den Räumen des Kreistags bei der der Sitzungssaal gestürmt, die AfD auf Transparenten und Plakaten als " rassistisch" denunziert und Kreistagsabgeordnete der AfD beschimpft und beleidigt wurden.

Der Verein sieht seine Aufgabe offenbar schwerpunktmäßig in der Bekämpfung einer Partei.

Die parteipolitische Neutralität der öffentlichen Verwaltung gehört zu den elementaren Grundsätzen unserer Verfassungsordnung. Eine Zusammenarbeit mit einem Verein, der unter der Leitung von Mitgliedern einer Partei -unter anderen der Grünen -eine andere Partei - nämlich die AfD - aktiv bekämpft ist damit rechtlich unmöglich.

Weitere Begründung mündlich.

Finanzielle Auswirkungen: das Ausmaß der finanziellen Unterstützung des "Bündnisses gegen Rechts" durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg ist nicht bekannt.